

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 spbn d

Inhalt

Rudi Schöfberger MdB unterstreicht die Bedeutung des Nürnberger Parteitages für die bayerischen Sozialdemokraten: Gestärkt in den Landtagswahlkampf.

Seite 1

Dr. Anka Martiny MdB fordert verschärfte Konsequenzen aus der Katastrophe in Tschernobyl: Herstellungsdatum auf die Lebensmittel.

Seite 2

Robert Antretter MdB verlangt, die Einhaltung gültiger Verkehrsvorschriften stärker zu kontrollieren: Appelle reichen nicht mehr aus.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB schießt Platitiden von Baumminister Schneider auf: Wasser ist zum Waschen da.

Seite 6

41. Jahrgang / 165

1. September 1986

Der Nürnberger Parteitag hat uns Mut gemacht!

Die bayerischen Sozialdemokraten gehen gestärkt in den Landtagswahlkampf

Von Rudi Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Der Nürnberger Parteitag der SPD, sein Verlauf und seine Ergebnisse haben uns bayerischen Sozialdemokraten Mut gemacht für die letzten Wochen vor der Landtagswahl in Bayern. Wir wissen, daß wir uns mit unseren Leitlinien zur Bewältigung der wesentlichen Zukunftsaufgaben im Einklang mit der bundesweiten SPD befinden - beim Abbau der Arbeitslosigkeit, bei der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, bei der Umwelt- und der Energiepolitik mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, bei der Fortsetzung der Entspannungspolitik, bei der Gleichberechtigung der Frauen im Erwerbsleben und in der Gesellschaft.

Ich freue mich und ich halte es für wichtig, daß bei diesen Grundpfeilern unserer Zukunftspolitik, wie sie mit großer Mehrheit auf dem Nürnberger Parteitag formuliert wurden, bayerische Sozialdemokraten wesentliche Akzente gesetzt haben. Ich nenne hier unsere „Augsburger Erklärung“ zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie, unseren Hofer Parteitagsbeschuß zur „Sicherheitspartnerschaft“ in der Entspannungspolitik, den eine Arbeitsgruppe „Defensive Verteidigungspolitik“ unter Federführung meiner Stellvertreterin Renate Schmidt erarbeitet hat. Aber auch an der Formulierung des Leitansatzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit waren bayerische Sozialdemokraten maßgeblich beteiligt: die Wirtschaftsexpertin Sigrid Skarpelis-Sperk, der Sozialfachmann Egon Lutz, mein Stellvertreter im Landesvorsitz, Ludwig Stiegler.

Die Beschlüsse des Parteitages sind richtungweisende Aussagen, mit denen wir auch eine Mehrheit in der Bevölkerung finden können. Wir haben aber auch mit Johannes Rau einen Sozialdemokraten zum Kanzlerkandidaten bestimmt, der nicht nur in unserer Partei einen großen Rückhalt hat, sondern dem Bürger eine echte Alternative ist.

Wir bayerischen Sozialdemokraten gehen gestärkt in die kommenden Wahlausscheidungen. Wir sind gut gerüstet, den Kampf um die Mehrheiten in Bonn und München zu führen.

(-/1.9.1986/vo-he/rs)

* * *

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by Westfälische Rundschau
Reprint-Partner



Herstellungsdatum auf die Lebensmittel

Kontrollmaßnahmen müssen nach Tschernobyl verschärft werden

Von Dr. Anke Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Fraktion

Die SPD will sich auf allen parlamentarischen Ebenen mit Nachdruck dafür einsetzen, daß künftig auf den Lebensmitteln neben dem Haltbarkeitsdatum auch das Herstellungsdatum notiert wird. Viele Verbraucher stehen hilf- und ratlos vor Gefriertruhen und Konservenregalen, weil es ihnen unmöglich ist, aus dem Haltbarkeitsdatum zu schließen, ob der Hasenrücken vor oder nach Tschernobyl eingefroren oder die Erdbeermarmelade aus belasteten Früchten hergestellt wurde. Wie berechtigt das Mißtrauen der Bürger in so manche Herstellerfirmen ist, zeigen zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit:

Das hessische Sozialministerium hat vor dem Verzehr radioaktiv belasteter Kondensmilch gewarnt, deren Werte mit bis zu 609 Bq/kg ganz wesentlich über dem von der EG festgesetzten Grenzwerten von 370 Bq/kg lagen. Die Firma Nestle hat die Vorwürfe zurückgewiesen und behauptet, daß alle Werte „unter der Bedenklichkeitsgrenze“ liegen.

In Bayern wurde durch einen Leserbrief in den „Nürnberger Nachrichten“ bekannt, daß ein Supermarkt in Fürth Milchpulver mit der ausdrücklichen Versicherung verkaufte, es sei vor der Atomkatastrophe hergestellt worden. Aufgrund einer Rückfrage beim Hersteller wurde dem Bürger von der „Allgäuer Alpenmilch Aktiengesellschaft“ in München mitgeteilt, daß das „Müll-Vollmilchpulver“ Anfang Mai 1986 hergestellt wurde (es trug das Mindesthaltbarkeitsdatum Ende Mai 1987). Die dafür verwendete Rohmilch liege „bezüglich ihrer Belastung weit unter den von der zuständigen Behörde vorgegebenen Unbedenklichkeitswerten“.

Die beiden Fälle verdeutlichen, daß gezielte Überwachung notwendiger denn je ist. Die mangelhafte Deklaration der Lebensmittel führt zur Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher, Verschleierung schürt Mißtrauen. Wer nach Tschernobyl immer noch nicht begriffen hat, daß nur durch uneingeschränkte offene Information das verlorengegangene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewonnen werden kann, der versündigt sich den Grundsätzen einer offenen Demokratie und handelt verantwortungslos.

Besonderes Gewicht ist daher auch auf zwei Punkte der von der SPD-Bundestagsfraktion unter ihrer Federführung am 7. Juli 1986 eingereichten, aber noch nicht beantworteten „Großen Anfrage“ zu legen. Die Bundesregierung wird darin gefragt, wie sie sicherstellen will, daß die jetzt zurückgehaltenen radioaktiv belasteten Lebensmittel nicht später unkontrolliert in verarbeiteter oder vermischter Form auf den Markt kommen und wie der Verbraucher darüber informiert wird, daß es sich um vormals belastete Lebensmittel handelt.

Tschernobyl ist Symbol für eine Marke auf dem Weg zur besseren Kontrolle von Lebensmitteln und nicht so ein „Einzelfall“, den man nach Meinung zum Beispiel des bayerischen CSU-Landtagsabgeordneten Dr. Lauterischläger „nicht dazu benutzen darf, die Lebensmittelindustrie zu belasten“. Mit diesem Argument hatte sich der CSU-Politiker nämlich gegen einen Antrag der



SPD-Landtagsabgeordneten Christa Harrer vom 6. Juni 1986 gewandt, der das Herstellungsdatum auf Lebensmitteln verlangt hatte. Lautenschläger hatte das „Bedürfnis“ des Verbrauchers verneint und dargestellt, daß die Angabe von zwei Daten auf den Lebensmitteln „mit einem derartigen Verwaltungsaufwand und auch mit Unkosten für die Industrie verbunden wäre, die in keinem Verhältnis zu dem zu erzielenden Effekt stünden“. Der Antrag von Christa Harrer wurde abgelehnt.

Für die SPD ist die Problematik damit jedoch nicht erledigt. Sie ist sicher, daß die Verharmlosungsstrategie der Unionsparteien auf immer massiveren Widerstand der Bürger stößt, so daß sie sich schließlich doch gezwungen sehen, die gravierenden Lücken bei der Lebensmittelkontrolle zu schließen.

Dazu gehört nicht zuletzt auch eine ungeschminkte und umfassende Sachinformation über die tatsächlichen Gesundheitsgefahren. Es ist nach ihrer Meinung eher verwirrend als beruhigend, wenn staatliche Behörden jede neue Nachricht über belastete Lebensmittel mit dem Kommentar „unbedenklich“ versehen. So wurde in den letzten Tagen die erhebliche radioaktive Belastung der Heilkräuter verharmlost, „weil sie im Gegensatz zu Lebensmitteln in geringeren Mengen aufgenommen und als Tee oder in Extrakten verdünnt würden“. Das bayerische Umweltministerium meinte nach der Auswertung von 13.000 Meßergebnissen, daß „übliche Verzehrgewohnheiten unterstellt, alle Lebensmittel ohne Bedenken gegessen“ werden könnten. Die EG behauptet, daß Produkte, die einem Milchkonzentrat entsprechen, ein Vielfaches der Werte für Frischmilch tolerierbar ist, je nachdem, in welcher Verdünnung das Produkt genossen wird.

Zu Recht fragt sich der Verbraucher daraufhin, ob sich nicht das „bißchen Cäsium“ im Tee und das „unbedenkliche“ Strahlenquantum in der Kondensmilch, im Fleisch, in den Pilzen, im Gemüse und in den Früchten allmählich summiert und ihm vielleicht doch schadet, trotz aller Beschwichtigungsversuche bestimmter unbesorgter Politiker und so mancher verantwortungsloser Produzenten. Ein Zufall ist es sicher nicht, daß sich Naturkostläden mit strahlengetestetem Lebensmittelangebot einem kaum zu bewältigenden Ansturm von Kunden gegenübersehen.

(-/1.9.1986/va/rs)



Appelle reichen nicht aus!

Die Einhaltung gültiger Verkehrsvorschriften muß stärker kontrolliert werden

Von Robert Antretter MdB

Auf den Straßen Baden-Württembergs hat es von Januar bis Mai 1986 acht Prozent mehr Verkehrstote und 7,5 Prozent mehr Verletzte gegeben als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Besonders erschreckend ist dabei, daß diese Zunahme in Baden-Württemberg noch über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Angesichts solcher Steigerungen reichen Appelle an die Bevölkerung nicht mehr aus, sondern ein Bündel von aufeinander abgestimmten Sofortmaßnahmen ist zwingend notwendig.

Dazu gehört insbesondere eine wesentlich stärkere Kontrolle der Einhaltung der gültigen Vorschriften, vor allem

- der zulässigen Pkw-Höchstgeschwindigkeiten auf Landstraßen und innerhalb geschlossener Ortschaften. Bei den Lkw-Höchstgeschwindigkeiten sind auch auf Autobahnen verstärkte Überwachungen notwendig, denn 27 Prozent aller Lkw-Unfälle mit Personenschaden werden außerorts durch zu hohe Geschwindigkeit verursacht;
- des alkoholbeeinflussten Fahrens, denn jeder zweite Verkehrstote stirbt bei einem Alkoholunfall;
- der Überholverbote für Pkw und Lkw, denn Überholfehler machen selbst bei den Lkw-Unfällen mit Personenschaden außerorts noch zehn Prozent aus.

Die verstärkten Kontrollen müssen durch eine intensivere Aufklärung und Verkehrserziehung ergänzt werden, denn es muß dem Bürger klar werden, daß verstärkte Kontrollen in diesem Bereich lediglich seinem eigenen Schutz dienen und er keinesfalls kleinlich überwacht werden soll, sondern Raser, Rowdies und Rücksichtslose zur Einsicht gebracht werden müssen.

Neben verstärkten Kontrollen und verbesserter Aufklärung muß die Landesregierung Baden-Württembergs vor allem dafür sorgen, daß vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, in

Wohngebieten die höchstzulässige Geschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen. Solche Anordnungen müssen kombiniert werden mit baulichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung. Dadurch wird mit der Sicherheit auch ein Stück Lebensqualität in unsere Siedlungsräume zurückgebracht. Ebenso ist ein verstärkter Radwegebau notwendig, wobei darauf geachtet werden muß, daß die Radwegenetze auch von Rollstuhlfahrern benutzt werden können und daß das Zuparken von Rad- und Gehwegen energisch bekämpft wird. Vordringliche Bauprogramme von Land und den kommunalen Gebietskörperschaften sind weiterhin notwendig zur Entschärfung sonstiger Unfallschwerpunkte wie höhengleiche Schienenübergänge.

Aber nicht nur das Land und die Kommunen müssen ihre Verkehrssicherheitsaktivitäten verstärken. Auch die Bundesregierung ist zum Handeln aufgerufen. So muß vor allem die Promille-Grenze von 0,8 auf 0,5 gesenkt werden. Das Fahren unter Alkoholeinfluß darf nicht länger als Kavaliersdelikt gelten, denn durch alkoholbedingte Unfälle verlieren in Deutschland weit mehr Menschen ihr Leben als durch alle Straftaten wie Mord und Totschlag zusammen. Ebenso muß die Bundesregierung schnellstens das Problem der Kennzeichenanzeige lösen. Es muß dazu kommen, daß der Halter eines Fahrzeugs dann die Kosten einer Anzeige bezahlen muß, wenn der Fahrer sich nicht ermitteln läßt. Auch technisch muß mehr getan werden: Europaweit müssen der Unterfahrschutz bei Lkws verbessert, für Busse und Lkws die Einbaupflicht von automatischen Blockierverhindern zur Verbesserung des Bremsverhaltens eingeführt und vor allem für Lkws mit gefährlichen Gütern automatische Tempobegrenzer vorgeschrieben werden.

Nur durch solch ein Programm von aufeinander abgestimmten Maßnahmen aller politischen Ebenen und aller gesellschaftlichen Kräfte kann erfolgreich der Irrtum bekämpft werden, der Verkehrstod sei eine unvermeidbare Begleiterscheinung unserer Mobilität.

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind über eine halbe Million Verkehrstote zu beklagen. Solche Zahlen dürfen sich einfach nicht wiederholen. Eine Halbierung der Zahl der jährlichen Verkehrstoten und -verletzten und damit eine Halbierung des menschlichen Leids in den nächsten zehn Jahren ist notwendig und auch erreichbar.

(-/1.9.1986/vo-he/rs)

* * *



Wasser ist zum Waschen da

Die Platitüden von Bauminister Schneider

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Bauminister Oskar Schneider hat sein Lieblingsthema, das gesunde Bauen und Wohnen, wohl endgültig zu Tode geritten. Sein jüngster Beitrag, eine von vielen Professoren verfaßte Aufklärungsbroschüre, die auch noch der Presse vorgestellt wurde, ist voller Platitüden und Plattheiten.

Die „bohrenden Fragen bauwilliger Bürger“ werden gar nicht erst ernstgenommen.

Die Peinlichkeit beginnt mit der Feststellung: Vor 100 Jahren war alles noch viel schlimmer als heute.

Und: „Tageslicht wird heute durch Gesetz und Normen garantiert.“ - der Bundesregierung sei Dank.

Und: Trinkwasser hat eine „zentrale gesundheitliche Bedeutung für den Menschen“ und ist „zum Trinken geeignet“. Wer hätte das gedacht.

Grundlegend Schneiders Broschüre: „Früher verbrachte der Mensch einen großen Teil seines Lebens im freien.“

„Der moderne Mensch hält sich dagegen überwiegend - oftmals bis zu 90 Prozent der Gesamtlebenszeit - in geschlossenen Räumen auf. Dem Daueraufenthalt in Innenräumen, verbunden mit bewegungsarmer Lebensweise, ist aus medizinischen Gründen abzuraten.“

Damit nicht genug. Es geht noch weiter. Auch Beeinträchtigungen des „Wohnraumklimas“ durch Emissionen haben die Experten des Bauministers festgestellt. Als erste Emissionsquelle wird genannt: „Bewohner selbst (durch Kohlendioxid, Wasserdampf, Gerüche)“ - muffigen Geruch soll es manchmal auch in Ministerien geben. Dieser Bauminister sollte an die frische Luft.

(-/1.9.1986/va/rs)

* * *

